

Archiv  
des Vorstandes der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

# TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/219

Bonn, den 15. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Das große Unbehagen</u>	73

Die Unehrlichkeit der Bundesregierung bedrückt unser Volk

Von Günter Markscheffel

2 - 3	<u>Ein Fall für den Bundesverfassungsschutz</u>	65
-------	---	----

Bundesminister applaudieren verfassungswidrigen Verstellungen

4	<u>Woher kommt das Geld - wo geht es hin ?</u>	50
---	--	----

Eine interessante Lektüre: Der hessische "Steuer-Atlas"

5 - 6	<u>Propaganda-Krieg in Lateinamerika</u>	67
-------	--	----

Peking und Moskau wetteifern um die Gunst der Massen

Von \* \* \*

+ + +

### Das grosse Unbehagen

Die Unehrlichkeit der Bundesregierung bedrückt unser Volk

Von Günter Markscheffel

Eine knappe Woche ist jetzt seit der Regierungserklärung vergangen. Am vergangenen Wochenende haben sich zahlreiche Organisationen, namhafte Persönlichkeiten und beachtenswerte Zeitungen zu den von Bundeskanzler Erhard lang und breit dargelegten Absichtserklärungen geäußert. Seit Bestehen der Bundesrepublik hat noch nie die Antrittsrede eines Regierungschefs so viel negative Bemerkungen zur Folge gehabt und Zweifel an der Integrität der Bundesregierung ausgelöst, wie diese Rede Erhards. Eigentlich hat nur er sich selbst gelobt, eine Verhaltensweise, die ihm nicht schwerfällt, weil er das schon seit jeher getan hat.

Es sind weniger die angekündigten Sparmassnahmen, die zu diesem negativen Urteil der Regierungserklärung führten. Abgesehen von einigen Gesellschaftsgruppen, die sich darüber freuen, dass der Bundeskanzler nur die Arbeitnehmer und ihre Organisationen direkt aufs Korn genommen hat, spricht aus den zahllosen negativen Kommentaren vielmehr das grosse Unbehagen darüber, dass man sich betrogen fühlt.

Nun ist es sicher das Recht einer jeden Regierung, dem Volk zu sagen, dass gespart werden müsse; unter gewissen Umständen kann eine solche Aufforderung sogar eine Pflicht sein.

- \* Das grosse Unbehagen kommt jedoch vielmehr daher, dass diese
- \* Regierung Erhard heute so tut, als hätte sie oder ihre Vorgänger
- \* der gleichen Couleur nie gewusst, welchen Weg unsere Staatsfi-
- \* nanzen, die Preisentwicklung und andere das gesellschaftliche
- \* Gefüge jetzt bedrohenden Anzeichen genommen haben.

Die CDU/CSU und mit ihr - über grosse Strecken - die FDP regieren seit mehr als anderthalb Jahrzehnten. Diese Parteien verfügen seit Bestehen der Bundesrepublik nicht nur über alle Informationen, sondern auch über ein Instrumentarium, das mit Hilfe der Exekutive gehandhabt werden konnte, um dieser oder jener Entwicklung Herr zu werden. Erhard hat in seiner Regierungserklärung selbst gesagt, die heutigen wissenschaftlichen Methoden würden es einer Regierung gestatten, rechtzeitig bestimmte Tendenzen der Wirtschaft zu erkennen und sie zu steuern, um Unheil vom Volk abzuwenden.

Dazu kommen noch die Warnungen der Opposition. Hierfür im Augenblick nur zwei Beispiele:

Seit Jahren hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion gefordert, man müsse eine Energiepolitik aus einem Guss anstreben, um die zahlreichen volkswirtschaftlichen und menschlichen Probleme auf dem Gebiet der Kohleerzeugung, des Mineralöls, der Elektrizität und der Atomenergie lösen zu können. Die Regierung und die sie tragenden Parteien haben entsprechende Vorschläge der Sozialdemokratie entweder stets abgelehnt, oder sich mit Teilmassnahmen begnügt, deren Wirkung unzulänglich bleiben musste.

Heute tut die Bundesregierung so, als hätte sie das alles nicht gewusst, als seit die Entwicklung im Bergbau und in den anderen energieerzeugenden Industrien eine Überraschung!

Ähnlich verhält es sich mit der Bundesbahn. Seit Jahren weiss die Bundesregierung, dass die Defizitlage der Bundesbahn zu einem grossen Teil auf die politischen und sozialen Leistungen zurückzuführen ist, die dieser wichtigste bundeseigene Zweig der Verkehrswirtschaft verkraften muss. Mindestens die Hälfte des Bundesbahndefizits ergibt sich nicht etwa aus einer unzulänglichen Wirtschaftspolitik auf diesem Sektor, sondern aus der Belastung durch Kriegsfolgeleistungen, die in personeller und zum Teil auch technisch-organisatorischer Beziehung von der Bundesbahn getragen werden müssen.

Heute tut man so, als sei dies alles völlig neu, als habe nie eine Bundesregierung vor der Aufgabe gestanden, die Schwierigkeiten der Bundesbahn zu beheben!

Wir könnten die Liste der Versäumnisse fortsetzen, begnügen uns für heute mit diesen Hinweisen.

- \* Insgesamt bedeutet das alles jedoch, dass die Bundesregierung
- \* unter Führung des vermeintlichen Wirtschaftsgenies Erhard auch
- \* jetzt nur wieder an den Symptomen finanzieller und wirtschaft-
- \* licher Einbrüche herumzudoktern versucht. Anstatt offen zu bekennen,
- \* dass die jetzige Finanzmisere des Bundes, der Länder und der
- \* Gemeinden auf das Nichtvorhandensein einer vorausschauenden und
- \* die Dinge mit dem Instrumentarium moderner Wirtschaftswissen-
- \* schaft in den Griff ziehenden Finanz- und Wirtschaftspolitik der
- \* Staatsführung gemeistert werden könne, tritt man auf der Stelle.

Das Wissen um dieses Unvermögen und die Unehrlichkeit der Bundesregierung ist die tiefe Ursache des grossen Unbehagens, das in unserem Volke herrscht. Dazu kommt noch, dass man sich betrogen fühlt, weil ja vor der letzten Bundestagswahl allenthalben behauptet wurde, es sei alles bestens in Ordnung und niemand brauche sich Sorge zu machen, wenn er nur Erhard und der CDU wieder seine Stimme gebe.

Ein Fall für den Bundesverfassungsschutz

Bundesminister applaudieren verfassungswidrigen Vorstellungen

sp - Steuerzahler sind wir alle. Aber es gibt auch einen "Bund der Steuerzahler", der oft behauptet, in unser aller Namen zu sprechen. Anlässlich der Diskussion um die Liquidierung der Wahlgeschenke hat er sich zum Wort gemeldet und fordert den "Staat" zum Masshalten auf, macht Kürzungsvorschläge für den Haushalt 1966 und warnt insbesondere vor Steuererhöhungen. So weit, so gut! Es wäre jedem Staatsbürger zu empfehlen, sich über Staatsausgaben und ihre Finanzierung ernsthaft Gedanken zu machen.

Dem "Bund der Steuerzahler" scheint es jedoch um etwas ganz anderes zu gehen. Das mag daraus zu ersehen sein, dass sein Lamanto um die Höhe der Staatsausgaben, seine Proteste gegen Einkommensteuern, Gewerbesteuern, Gebühren und Abgaben auf Besitz und Gewerbetätigkeit mit beifälliger Anerkennung bedacht werden von den Arbeitgeberverbänden, industriellen Verbänden usw., aber auch gerade von jenen Politikern, die von einer fundierten Kritik der Steuerzahler am stärksten betroffen sein müssten. So z.B. Bundesschatzminister Werner D o l l i n g e r, Bundesfinanzminister Rolf D a h l g r ü n, Bundesverteidigungsminister von K a s s e l. Sie alle loben den "Bund der Steuerzahler", nachzulesen in der Nr. 11 "Der Steuerzahler" vom November 1965. Von Verbrauchssteuern, Umsatzsteuern und E n t l a s t u n g der Verbraucher ist im "Steuerzahler" allerdings nicht die Rede.

Dieser scheinbare Widerspruch zwischen der Kritik des Bundes der Steuerzahler an den wachsenden Staatsausgaben und dem Beifall auch derjenigen, die als Mitglieder der amtierenden Regierung dafür die politische Verantwortung tragen, löst sich nur dann auf, wenn man eine gemeinsame politische Grundhaltung der Kritiker und der scheinbar Kritisierten gegenüber dem Staat unterstellt. Man muss fragen, worin wohl die Gemeinsamkeit in der Einstellung zum Staat besteht. Ist es vielleicht die Gemeinsamkeit folgender Anschauung?

Dr. Volkmar M u t h e s i u s, derzeitiger Präsident des Bundes der Steuerzahler ist der Meinung:

- \* "...dass der moderne Parlamentarismus, das System der Demokratie,
- \* wie sie heute verstanden wird, als Gegenstück eine partei-
- \* politisch neutral und von speziellen Bevölkerungs- und Wirt-

- \* schäftsgruppen unabhängige Institution nötig hat. Die parlamen-
- \* tarische Demokratie droht in eine Anarchie der Einzelinteressen
- \* zu entarten, wenn ihr nicht ein Gegengewicht geschaffen wird.
- \* Dieses Gegengewicht kann niemand anders sein, als der Steuer-
- \* zahlter selbst und die organisatorische Zusammenfassung seiner
- \* geistigen Kräfte."

Das wäre also! Der "Bund der Steuerzahler" als oberstes Kontrollorgan der Bundesregierung und des Parlaments; ein von niemandem legitimiertes, sich unter der Parnbezeichnung "Steuerzahler" betätigendes Organ der grossen Wirtschaftsverbände, das sich folgendes zum Ziel gesetzt hat:

- \* "Es müssen zunächst die Staatseinnahmen gestoppt, es muss
- \* die Staatskasse sozusagen ausgetrocknet werden, damit die Par-
- \* lamente beim Bund ebenso wie bei den Ländern und Gemeinden,
- \* nicht ständig mehr Spielraum gewinnen für die Ausgabenbeschlüsse!"

Es geht also n i c h t darum, bestimmte Parteien, die seit nunmehr fast zwanzig Jahren die politische Verantwortung in diesem Lande tragen, wegen ihrer Ausgabenpolitik und ihrer politischen Fehlentscheidungen zu kritisieren, vielmehr reizt man sich an der parlamentarischen Demokratie. Hier wird nicht der Wähler, der nach dem Grundgesetz allein berufen wäre, über Parteien, Kandidaten zu den Parlamenten und mittels seiner Wahlentscheidung Veränderungen vorzunehmen, zur demokratischen Aktivität aufgefordert. Das wäre ja Demokratie "wie sie heute verstanden wird".

Vielleicht erklären uns die angeführten Herren Minister einmal, was sie unter Demokratie verstehen und ob sie diese Vorstellung des staatsverdrossenen Dr. Kuthesius teilen. Schliesslich haben ja die Bundesminister einen Eid auf die Verfassung geleistet und nicht auf die Vorstellungen des Herrn Dr. Kuthesius! Oder irren wir uns? Sollte letzteres der Fall sein, dann wären die Herren Bundesminister reiz für den Verfassungsschutz.

## Woher kommt das Geld - wo geht es hin ?

Eine interessante Lektüre: Der hessische "Steuer-Atlas"

sp - Die Steuern vom Einkommen stehen nach Ertrag und Bedeutung an erster Stelle der öffentlichen Einnahmen. Sie machen in Hessen 66,3 Prozent der gesamten Steuereinnahmen des Landes aus. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß der Bund vom Aufkommen an Einkommens- und Körperschaftssteuer, einschl. der Lohnsteuer, einen Anteil von 39 Prozent erhält.

Voraussetzung für eine hinreichende Ergiebigkeit der Einkommenssteuer ist ein gewisser industrieller Entwicklungsstand. Wie Finanzminister Albert Osswald in dem von ihm erstmals herausgegebenen Steuer-Atlas für das Land Hessen feststellt, liegt deshalb das Pro-Kopf-Aufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer in den wirtschaftsstärkeren Ländern beachtlich über dem der wirtschaftsschwächeren Bundesländer.

Die hessische Landesregierung betreibt seit Jahren eine wirkungsvolle Strukturpolitik. Sie gilt in erster Linie einer Angleichung des wirtschaftlichen Gefälles zwischen den ausgesprochenen industriellen Ballungszentren und den Gebieten, die noch wirtschaftliche Entwicklungspotential bergen. Daher haben auch durchweg alle Maßnahmen des von Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn verkündeten Großen Hessenplanes eine strukturverbessernde Wirkung.

Die Auswirkungen einer sinnvollen Strukturpolitik müssen sich zweigleisig im Steueraufkommen niederschlagen. So ist das Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftssteuer in den letzten vier Jahren in Hessen um 41 Prozent gestiegen. Besonders in den nord- und osthessischen Kreisen liegt der Zuwachs wesentlich über dem Durchschnitt. Er beträgt beispielsweise über 60 Prozent in den Finanzamtsbezirken Alsfeld, Dieburg, Eschwege, Korbach, Potenburg (Tulda), Gelnhäuser und Wetzlar sowie in Wirth (Odenwald), Groß-Gerau und Langen. In Frankfurt hingegen betrug im gleichen Zeitraum die Steigerung noch 28,3 Prozent.

In Hessen wurden im vergangenen Jahr rund 4,1 Milliarden DM an Einkommen- und Körperschaftssteuer eingenommen. Das sind 817 DM je Einwohner. Hessen steht damit an der Spitze aller Bundesländer, denn in keinem anderen Flächenstaat des Bundesgebietes wurde ein höheres Pro-Kopf-Aufkommen erzielt. Baden-Württemberg nimmt mit einem Einkommen- und Körperschaftssteueraufkommen von 779 DM je Einwohner mit Abstand hinter Hessen den zweiten Platz ein vor Nordrhein-Westfalen mit 751 DM. Dann folgen Bayern mit 574 DM, Niedersachsen mit 542 DM, Rheinland-Pfalz mit 492 DM, Schleswig-Holstein mit 459 DM und das Saarland mit 413 DM.

Die mit ihrem Steueraufkommen über den Bundesdurchschnitt liegenden Bundesländer Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sowie der Stadtstaat Hamburg müssen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs einen Teil ihres Steueraufkommens an die finanzschwächeren Bundesländer abführen. Hessen hatte im vergangenen Jahr allein ein Fünftel der 1,5 Milliarden DM des Länderfinanzausgleichs aufzubringen. Das bedeutet, daß von hessischem Steueraufkommen je Einwohner 62 DM an die ausgleichsberechtigten Länder Bayern, Rheinland-Pfalz, das Saarland, Niedersachsen und Schleswig-Holstein abgeführt werden mußten.

Der Steuer-Atlas zeigt, und das ist ein besonders wesentliches Ergebnis, daß das "Herz der Bundesrepublik finanziell gesund ist, wenn auch nicht frei von Sorgen". Aber gerade diesen Sorgen wirken die Sozialdemokraten in Hessen kraftvoll und mit neuen Ideen entgegen.

## Propaganda-Krieg in Lateinamerika

Peking und Moskau wetteifern um die Gunst der Massen

Von \* \* \*

Im Windschatten der ständigen Auseinandersetzungen zwischen einer hauchdünnen Oberschicht und bitterarmen, analphabetischen Volksmassen steht Lateinamerika seit Jahren im Mittelpunkt eines "Krieges auf Ätherwellen"; den die "Stimme Amerikas" gegen eine Vielzahl kommunistischer Rundfunkstationen austrägt. Auch "Radio Proles Kuba", eine von den USA unterstützte schwimmende Sendestation der Castro-Gegner, nimmt aktiv teil an dieser mit gewaltigem finanziellen Aufwand betriebenen Propagandaschlacht um die Herzen der mehr als 200 Millionen Lateinamerikaner.

### "Radio Progreso"

"Radio Havana", "Radio Rebelde" und "Radio Cuba Internacional" strahlen pausenlos Sendungen in alle Länder Mittel- und Südamerikas aus, um die latenten Unruhen zu schüren und linksgerichtete Partisanen zu grösserem Eifer zu ermahnen. Dazu bemühen sich auch die Sender des Ostblocks um die Lateinamerikaner. In Moskau wurde vor nicht langer Zeit eine neue, eigens für Lateinamerika bestimmte Rundfunkanstalt gegründet, die ausser den regulären Auslandsprogrammen von Radio Moskau speziell auf die 20 Republiken südlich des Rio Grande ausgerichtet ist. Sie heisst "Radio Progreso" ("Radio Fortschritt"). Radio Prag strahlt in den Abendstunden sein Programm aus, das - wenn auch nicht als ausgesprochene Hetzpropaganda angesehen werden kann - doch die "Vorzüge des Kommunismus" preist.

### Sendungen sogar in der Sprache der Indianer

Wie intensiv die Propaganda-Berieselung schon ist, zeigt eine Klage des peruanischen Präsidenten Fernando Belaúnde Terry, der selbst als "fortschrittlich" und "gemässigt links" gilt. Er beschwerte sich bitter über die Rundfunksendungen aus Havanna und Moskau, die auch in den Indianersprachen Ketschua und Ajmara in den Äther gestrahlt werden, und seiner Ansicht nach die indianische Landbevölkerung zum Aufbruch ermuntern. Neben Kolumbien und Venezuela ist jetzt auch Peru in den Kreis der von Aufstandsbewegungen geplagten Länder einbezogen worden.

Das brasilianische Militär-Regime fürchtet nicht so sehr die Kri-

tik aus den Reihen der von ihr entmachteten politischen Opposition demokratischer Prägung als die Sendungen, mit denen Radio Peking allabendlich zu innerbrasilianischen Fragen Stellung nimmt. Eigenartig ist, dass Radio Peking in seinem Brasilien-Dienst den Streit mit Moskau nur nebenbei erwähnt. Zwar werden die polemischen Artikel der chinesischen Presse gegen die Sowjetunion auszugsweise verbreitet, aber das Hauptinteresse der Chinesen konzentriert sich auf die Entwicklung in Brasilien selbst. Wer in den vergangenen Wochen regelmässig die Sendungen aus Peking in portugiesischer Sprache abhören konnte, hat gewiss diesen Wechsel in der chinesischen Propaganda-Taktik beobachtet.

Wie nervös die brasilianischen Militärbehörden auf diese Sendungen reagieren, zeigt die Verhaftung von acht Kommunisten, die chinesische Rundfunksendungen verbreitet hatten. Einer der Verhafteten war ein Rundfunksprecher von Radio Peking, der in seiner Heimat Urlaub machte. Er musste wieder freigelassen werden, weil es trotz der einschneidenden Veränderungen seit April 1964 noch kein Gesetz gibt, um ihm den Prozess zu machen.

#### Peking rechnet mit langen Fristen

Die brasilianische Polizei - vor allem die Geheime Staatspolizei DCPS - hat damit begonnen, die Wortsendungen aus Peking auf Tonband festzuhalten. Der "prochinosische" Flügel der seit 1947 verbotenen brasilianischen KP hatte über Radio Peking die Bevölkerung aufgefordert, "zur Gewalt zu schreiten, die revolutionären Kräfte mobil zu machen, die Armee und die Polizei zu vernichten und an ihre Stelle eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernmiliz zu stellen".

Es sei höchste Zeit, mit den "Moskauer Friedensschalkreien" und dem "Selbstbetrug der friedlichen Koexistenz" aufzuhören und das "Bürgerturn zu entwaffnen, um das Proletariat zu bewaffnen". Man weiss in Peking genau, dass diese kostspielige Propaganda erst nach langer Zeit Früchte trägt. Brasilien ist seit der Beseitigung der Regierung Goulart durch die Militärs das Lieblingsobjekt der chinesischen Propaganda geworden. Die Chinesen haben die schwächste Stelle im politischen Gefüge Lateinamerikas erkannt. Sie scheuen keine Mühe und Kosten und sind entschlossen, ihre Chance zu nutzen, die ihnen eine dünne konservative und reformfeindliche Oberschicht freiwillig bietet.